

**D**eutschland hat ein neues Gespenst: Die sogenannte Armutswanderung aus Bulgarien und Rumänien, die seit 2007 zur EU gehören. Das Gespenst wird den Sozialstaat fressen, wissen die Stammtische. Sie werden informiert von der CSU, die im Vorfeld der Europawahlen mit ihrem Slogan „Wer betrügt, der fliegt“ nicht viel anders klingt als die NPD mit ihrer Parole „Geld für die Oma, nicht für Sinti und Roma“.

Das neue Schreckbild von der sogenannten Armutswanderung aus Bulgarien und Rumänien wurde mit einem Alarmruf geboren. Er kam von den deutschen Städten bereits am 14. Februar 2013, sie berichteten in einem Positionspapier vom rasanten Anstieg der sogenannten Armutswanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland zulasten der städtischen Sozialtats.

Berechtigt war dieser Notruf der Städte mit Blick auf erhebliche Sozialprobleme in einzelnen städtischen Distrikten und damit verbundene Kosten für die ohnehin stark angeschlagenen Sozialtats. Problematisch war er, weil er mit missverständlichen Zahlenbildern umging. So stimulierte er Vorstellungen von einer Art Massenzuwanderung von osteuropäischen Armen und insbesondere von Roma aus Bulgarien und Rumänien.

Dem stehen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zum Beispiel vom Dezember 2012 entgegen: Demnach waren nur 9,6 Prozent der Bulgaren und Rumänen in Deutschland arbeitslos gemeldet. Damit lag die Erwerbslosenquote bei diesen Menschen deutlich niedriger als diejenige der Ausländer in Deutschland insgesamt, die zeitgleich 16,4 Prozent betrug.

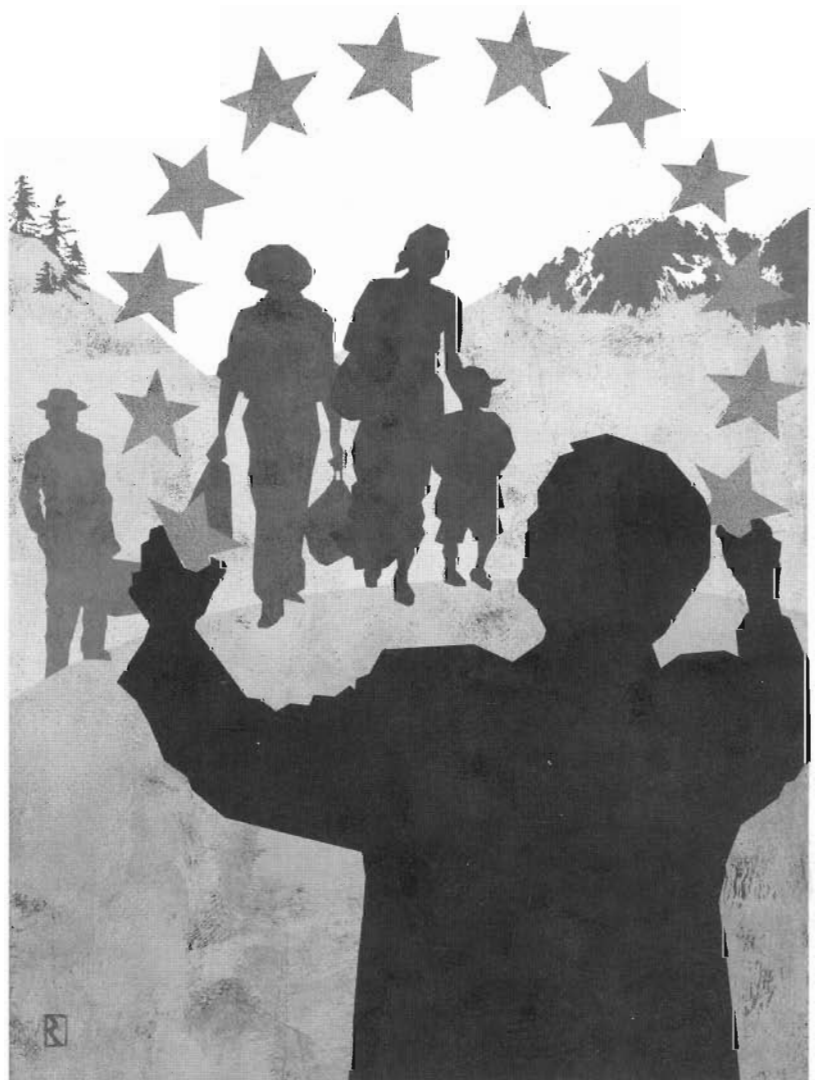
Unfair und falsch aber wäre es, Gesamtzahlen gegen die Vor-Ort-Beobachtungen in den urbanen Problemzonen in Stellung zu bringen, in denen sich gering qualifizierte Zuwanderer aus prekären Soziallagen konzentrieren. Denn die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien zeigt nach Qualifikations- und Sozialstruktur eine große Spreizung – von subproletarischen Zuwanderungen bis zu Elitenwanderungen.

Beispiel Ärzte: In bulgarischen Städten würde das Krankenhaussystem oft

# DAS GESPENST DER ARMEN EU-MIGRANTEN

Das Reizthema „Armutswanderung“ hilft Rechtspopulisten. Was ist nötig? Schnelle Hilfe für die Städte. Und ein anderer Blick auf die gelingende Integration in Deutschland

Von KLAUS J. BADE



zusammenbrechen, wenn dort Ärzte nicht weiterarbeiteten, die eigentlich schon im Rentenalter sind. Sie können nicht in Rente gehen, weil die jüngeren Kolleginnen und Kollegen abgewandert sind; denn in Bulgarien muss ein Arzt Zehntausende Euro an Schmiergeld für eine Stelle im Krankenhaus bezahlen, auf der er dann selten mehr als 1000 Euro im Monat verdient. Aus Rumänien sind nach Gewerkschaftsangaben seit 1989 rund 30 000 Ärzte abgewandert. Sie gehen auch nach Deutschland und ersetzen dort die Ärzte, die ihrerseits ins Ausland abgewandert sind, zum Beispiel in die Schweiz; oder sie gehen in Landgemeinden in östlichen Grenzdistrikten, die deutsche Ärzte meiden.

Ein „Sozialtourismus“ armer Zuwanderer aus Südosteuropa dagegen ist nach Einschätzung des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2013 zumindest „derzeit eher gefühlt als real“. Mit Massenwanderungen aus Bulgarien und Rumänien wird nach den meisten Einschätzungen auch nicht zu rechnen sein. Aber es werden weiter viele Menschen kommen, mittelfristig möglicherweise auch noch mehr. Vor allem mehr mit mittleren Qualifikationen werden zuwandern, insbesondere gewerbliche Fachkräfte, die in Deutschland auch stark nachgefragt werden.

Ein – durch verspäteten Informationsfluss bedingter – weiterer Anstieg gering oder auch nicht qualifizierter Zuwanderungen aus Bulgarien und Rumänien ist nicht auszuschließen. Dieser Zuzug könnte im Rahmen von Kettenwanderungen ausgerechnet auf die schon überlasteten Problemviertel einzelner Städte zielen; denn dort sind die Sprachbarrieren geringer. Das entspräche der aus der Migrationsgeschichte hinreichend bekannten Entwicklung von Siedlungskolonien: Gliedern sich Zuwanderer in ihren ethnischen Kontext ein, ist die Erstaufnahme einfacher. Allerdings verzögert sich dadurch die Integration in die umschließende Aufnahmegesellschaft.

Was tun? Migrationssteuerung ist im Europa der Freizügigkeit kein Hilfsmittel mehr. Auch nach Berufs- und Sozialprofil unerwünschte EU-Bürger haben ein Recht auf Zuwanderung, unter bestimmten Bedingungen auch auf die

Sozialtransfers im Zielland. Rechtlich gilt: EU-Bürger, die nach sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Deutschland arbeitslos werden, haben ein Anrecht auf Arbeitslosengeld und gegebenenfalls auch auf „Hartz IV“. Umstritten ist, ob es diesen Anspruch auch ohne vorherige Beschäftigung gibt. Je früher und je klarer der Europäische Gerichtshof hierzu entscheidet, desto mehr Wind wird den Populisten in den Monaten vor der Europawahl aus den Segeln genommen.

Die Kommunen müssen den gering oder gar nicht qualifizierten, aber arbeits- und bildungswilligen Zuwanderern Möglichkeiten bieten, sich zu qualifizieren und zu bilden – besonders den Kindern. Dazu brauchen die Städte Geld und den bundesweiten Austausch über geeignete Konzepte sowie den Austausch zwischen Bundes- und Länderebene, der, stark verspätet, in Gang gekommen ist.

Dort, wo Zuwanderer Förderungsangebote nicht annehmen und es damit kaum Integrationsperspektiven zu geben scheint, sollten im Rahmen des Möglichen klare Konsequenzen angekündigt und umgesetzt werden. Integrations- und Sozialdienste sollten eine freiwillige und auch geförderte Rückkehr anbieten. In Hamburg scheint das pragmatisch und geräuschlos zu gehen.

NÖTIG IST ZUGLEICH ein nationaler Sozialfonds für Städte, die mit den Herausforderungen finanziell überfordert sind. Das gilt etwa für Dortmund und Duisburg, während sich Mannheim unaufgeregt und pragmatisch fürs Erste durch einen eigenen Sozialfonds geholfen hat, den man der „Zuwanderung aus Südosteuropa“ gewidmet hat. Der nationale Sozialfonds kann auf Zeit jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag erfordern.

Gefordert ist im Hohen Berlin und besonders im Bundesministerium des Innern zugleich gesellschaftspolitische Aufklärungs-, Überzeugungs- und Vermittlungsarbeit – anstelle populistischer Plattitüden, die mit ihren alarmistischen Gesten nur die mentalen Abwehrhaltungen gesteigert haben. Hier steht mit dem ressorterfahrenen Pragmatiker Thomas de Maizière sicher ein Neubeginn an.

Dass zu Jahresbeginn ein Staatssekretärsausschuss der Bundesregierung eingerichtet wurde, könnte ein

verspäteter Schritt voran sein. Er liefe aber mit einem Ski neben der Loipe, wenn dabei, wie zunächst angekündigt, überwiegend nach Möglichkeiten gesucht würde, vermeintlich massenhaft drohenden sogenannten Sozialmissbrauch von Armutswanderern zu begrenzen. Es muss endlich akzeptiert werden, dass auch arme Migranten als Arbeitskräfte und nicht nur als lästige Anspruchsteller behandelt werden wollen. Außerdem müsste schnelle Hilfe für die Städte ganz oben auf der Agenda stehen.

Auf europäischer Ebene nötig ist eine Art Entwicklungspolitik mitten in Europa, die die wanderungstreibenden Faktoren in den Ausgangsräumen begrenzt. Hier sind schon Unsummen fehlinvestiert worden, nämlich in die Taschen korrupter Politiker und in die Kassen von Sozialbürokratien, die kluge, aber nicht handlungsrelevante oder doch nicht umgesetzte Papiere produziert haben. Jede Investition müsste durch EU-Kommissare überwacht werden.

Aber Geld allein genügt nicht, um den Wanderungsdruck abzubauen. Dazu müssten sich auch die Strukturen und Mentalitäten in den Ausgangsräumen ändern, in denen es gegenüber den „schwarzen“ Roma bereichsweise nicht nur kulturelle Ausgrenzung gibt, sondern auch regelrechten Pogromdruck, nicht nur in Bulgarien und Rumänien, sondern zum Teil auch in Ungarn und Tschechien.

Zeit ist nicht mehr zu verlieren; denn das Reizthema „Armutszuwanderung“ spielt rechtspopulistischen Kräften in die Hände, die bei der Europawahl den Aufstand proben wollen.

Die Integration in Deutschland ist nicht gescheitert. Sie ist im Gegenteil viel besser als ihr Ruf im Land. Viele im Ausland beneiden uns darum und verstehen nicht das deutsche Gejammer. Die allfälligen Klagelieder übersehen meist das Betriebsgeheimnis gelingender Integration: Sie bleibt unauffällig. Man merkt gar nicht, dass sie sich vollzieht. Auffällig sind nur die Betriebsunfälle, und über die wird dann emsig berichtet.



KLAUS J. BADE zählt zu den renommiertesten Migrationsforschern des Landes